



2019/02 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2019/02/wenn-hessen-heftig-hassen>

Der Diebstahl von Politikerdaten scheint aufgeklärt, der Fall wird als unpolitisch deklariert

Wenn Hessen heftig hassen

Von **Jörn Schulz**

Die Ermittlungsbehörden haben den mutmaßlich für den Diebstahl der Daten von Politikern, Journalisten und Künstlern Verantwortlichen identifiziert. Sie erklären den Fall für unpolitisch.

Schlechte Nachrichten für deutschnationale Hetzer: Man kann sie offenbar anhand ihrer mangelnden Deutschkenntnisse identifizieren. Nach Angaben des BKA haben neben Zeugenaussagen und digitalen Spuren auch Grammatikfehler geholfen, den für den Datendiebstahl und die Veröffentlichung der Daten von etwa 1 000 Personen mutmaßlich Verantwortlichen zu finden. Der 20jährige Verdächtige wurde am Sonntag in Hessen festgenommen. Er soll gestanden haben und wurde am Montag freigelassen.

Die Ermittlungsbehörden scheinen die Darstellung des Verdächtigen zu übernehmen, er habe »aus Verärgerung über öffentliche Äußerungen der betroffenen Politiker, Journalisten und Personen des öffentlichen Lebens gehandelt«.

Veröffentlicht wurden meist nur Kontaktdaten, in 50 bis 60 Fällen aber auch private Informationen. Der Aussage eines Bekannten des Täters zufolge sympathisiert dieser mit der rechten Szene, dies bestätigen Likes für rechte Inhalte auf dem Twitter-Account, der die Daten verbreitete. Betroffen sind zudem Personen, die von der rechten Szene als links eingestuft werden, nicht hingegen Politiker der AfD. Soweit bekannt, handelte der Täter allein, der Datendiebstahl scheint eher eine kompetente Fleißarbeit als ein genialer Coup gewesen zu sein. Es gibt jedoch eine sympathisierende Szene, die die gestohlenen Daten verbreitete. Am Samstag veröffentlichten Rechtsextreme auf dem linken Portal Indymedia eine Liste von 200 von ihnen als links eingestuften Personen, verbunden mit der Drohung »Wir kriegen euch alle«. Woher die Daten stammen, ist unklar.

Die Ermittlungsbehörden scheinen die Darstellung des Verdächtigen zu übernehmen, er habe »aus Verärgerung über öffentliche Äußerungen der betroffenen Politiker, Journalisten und Personen des öffentlichen Lebens gehandelt«. Es gebe keine Hinweise auf politische Motive, sagte Oberstaatsanwalt Georg Ungefuk. Unpolitisch war die Enthüllung jedoch

nicht, und es ist nicht anzunehmen, dass die extreme Rechte sich ein Beispiel an Robert Habeck, dem Co-Vorsitzenden der Grünen, nehmen wird. Dieser begründete seinen Rückzug aus den sozialen Medien unter anderem mit dem Bekenntnis, Twitter triggere ihn, »aggressiver, lauter, polemischer und zugespitzter zu sein«.